Gesetzes- u. Verordnungsblatt

der Evang. Landeskirche in Baden

Ausgegeben

Karlsruhe, den 23. März

1983

Inhalt:

	Seite		Seite
Dienstnachrichten	45	Kindergartengesetz,	50
Ausschreibung von Pfarrstellen	46	(3. Änderung der Richtlinien des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung über Zuschüsse zu den Personalkosten für Kindergärten und für kleine Kindergartengruppen – RL-PKZ –)	
Bekanntmachungen	49	Änderung der Richtlinien des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung für die Förderung von Sozialstationen vom 30. 3. 1979	51
Einsetzung des Landeswahlausschusses für die allgemeinen Kirchenwahlen der Wahlperiode 1983/89	49		
Sammlung der Diakonie	50		

Dienstnachrichten

Entschließungen des Landesbischofs

Berufen auf Grund von Gemeindewahl

(gemäß § 11 Abs. 1 Pfarrstellenbesetzungsgesetz):

Pfarrer Bruno F ü r n i ß in Spielberg zum Pfarrer der Friedenspfarre in Weil-Friedlingen.

Berufen

(gemäß § 12 Abs. 1 Buchst. a Pfarrstellenbesetzungsgesetz):

Pfarrer Friedrich S c h a r p f in Neckargerach zum Pfarrer der Epiphaniapfarre in Mannheim-Feudenheim.

Berufen

(gemäß § 14 Abs. 1 Pfarrstellenbesetzungsgesetz):

Schuldekan Pfarrer Conrad F r a n k e in Konstanz (Ambrosius-Blarer-Pfarre) zum hauptamtlichen Religionslehrer am Heinrich-Suso-Gymnasium in Konstanz als Pfarrer der Landeskirche unter Beibehaltung des Amtes des Schuldekans für den Kirchenbezirk Konstanz.

Berufen auf weitere 6 Jahre

Kirchenrat Albert R o t h in Stuttgart zum gemeinsamen Beauftragten der Evangelischen Landeskirchen in Baden und in Württemberg bei dem Landtag und der Landesregierung Baden-Württemberg.

Entschließung des Landeskirchenrats

Beurlaubt auf Antrag:

Pfarrer Otto Wilhelm H a h n in Eisingen zur Übernahme einer Stelle als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Seminar für Kirchengeschichte im Fachbereich Evangelische Theologie der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz.

Entschließungen des Oberkirchenrats

Aufgenommen unter die Pfarrer der Evang. Landeskirche in Baden:

Oberstudienrat Werner W a g n e r, Karlsruhe-Durlach (Markgrafen-Gymnasium).

Beauftragt:

Pfarrer Hansjörg P f i s t e r e r, bisher in Pforzheim (Petruspfarre), mit der Wahrnehmung der Anstaltsseelsorge bei der Vollzugsanstalt Pforzheim und der Vollzugsanstalt Karlsruhe – Außenstelle Rastatt – im Einvernehmen mit dem Justizministerium Baden-Württemberg.

Versetzt:

Pfarrvikarin Bergild G e n s c h in Hohensachsen nach Wiesloch (Psychiatrisches Landeskrankenhaus),

Pfarrvikarin Renate K r ü g e r in Stein und

Pfarrvikar Helmut K r ü g e r in Singen mit je 1/2 Deputat nach Sulzfeld zur Versehung des Pfarrdienstes,

Pfarrvikar Reinhard K u n k e l in Brühl nach Mannheim-Vogelstang (Gruppenamt) zur Versehung des dortigen Pfarrdienstes,

Pfarrvikar Ferdinand S c h u b e r t in Weinheim (Markuspfarre) nach Mannheim (Paul-Gerhardt-Pfarre) zur Versehung des dortigen Pfarrdienstes.

Beendet:

die Beauftragung des Pfarrers Thomas A c k e r m a n n aus Alfeld (Ev.-luth. Landeskirche Hannovers) mit der Erteilung von Religionsunterricht an der Fritz-Erler-Schule in Pforzheim.

In den Ruhestand versetzt auf Antrag wegen Krankheit:

Pfarrer Heinz S c h m e l i n g in Karlsruhe (Paul-Gerhardt-Pfarre) auf 1. 5. 1983.

Ausschreibung von Pfarrstellen

a) Erstmögliche Ausschreibungen

(Bewerbungen innerhalb 5 Wochen)

Heidelberg, Christuspfarre-Süd, Kirchenbezirk Heidelberg

Die Pfarrstelle wird durch Berufung des bisherigen Stelleninhabers zum Nordd. Rundfunk auf 1. 5. 1983 frei. Die Pfarrgemeinde umfaßt mit rd. 2 700 Gemeindegliedern den südlichen Teil der Weststadt Heidelbergs. Außerdem besteht in der Weststadt die Christuspfarre-Nord in etwa gleicher Größe.

Zur Struktur der Gemeinden:

Die Weststadt ist ein Innenstadtbereich Heidelbergs ohne Altstadtprobleme. Es besteht großes Interesse an vielen Arbeitsbereichen der traditionellen Gemeindegemeinschaft. Zugleich sind die Gemeinden für viele neue Wege der Verkündigung aufgeschlossen. Die beiden Pfarrer arbeiten eng zusammen. Gottesdienste in der Christuskirche (erbaut 1904, 1 200 Plätze) nehmen sie gemeinsam wahr. Beiden Gemeinden steht ein Gemeindehaus (1957 gebaut) zur Verfügung.

Die Ältestenkreise beider Pfarreien tagen in der Regel gemeinsam; die Bereiche der Seniorenarbeit (Frauenkreis und monatliche Seniorennachmittage), Nachbarschaftshilfe (es gibt eine rege Beteiligung im Nachbarschaftshilfekreis), Familienarbeit (Bibelgespräche, theologische Seminare, Predigtreihen mit Nachbesprechungen, gesellige Treffen) und Jugendarbeit (z. Z. gibt es 6 Gruppen der Jungen Gemeinde) werden gemeinsam geplant und verantwortet.

Die Südpfarrkirche ist wie die Nordpfarrkirche rechtlich selbständig; Kasualien, Seelsorge und Konfirmandenunterricht werden von dem jeweils zuständigen Pfarrer eigenständig betreut; die Kinder- und Jugendarbeit wird von einer Gemeinmediakonin, die in beiden Pfarreien ihren Dienst tut, verantwortlich wahrgenommen.

Eine gemeinsame Verwaltung (mit zwei teilzeitbeschäftigten Mitarbeiterinnen) erleichtert die Beweglichkeit für zentrale Aufgaben des Gemeindeaufbaus. In der Gemeinde arbeiten mit ein hauptamtlicher Kirchendiener mit seiner Ehefrau, die Kirche und Gemeindehaus betreuen sowie ein nebenamtlicher Organist, der den Chor an der Christuskirche leitet. Die näheren Umstände einer Zusammenarbeit zwischen beiden Pfarreien lassen sich in den Gesprächen zur Besetzung der Pfarrstelle regeln.

Die katholische St.-Bonifatius-Gemeinde, zu der intensive Kontakte auf vielen Ebenen geknüpft sind (regelmäßiges ökumen. Abendgebet, ökumen. Arbeitskreis, ökumen. Bibelgespräche, gemeinsame Sitzungen der Ältestenkreise mit dem Pfarrgemeinderat), sieht die beiden Pfarreien als ihren evangelischen Partner in der Weststadt.

Der Pfarrer hat 6 Stunden Religionsunterricht zu erteilen.

Eine Dienstwohnung mit 7 Zimmern in der Zähringerstraße in unmittelbarer Nähe der Kirche steht zur Verfügung.

Zu den Aufgaben in der Weststadt gehört noch die Betreuung des 2gruppigen Kindergartens mit 2 Erzieherinnen und 1 Kinderpflegerin und über die Gemeindegemeinschaft die Zusammenarbeit mit den benachbarten Gemeinden in der Diakoniestation West/Süd.

Ideen und Vorstellungen des neuen Pfarrers werden von allen Mitarbeitern und den Ältestenkreisen gerne angenommen.

Karlsruhe, Petrusgemeinde, Kirchenbezirk Karlsruhe und Durlach

Die Pfarrstelle wird durch Berufung des bisherigen Stelleninhabers in die Militärseelsorge voraussichtlich am 1. Oktober 1983 frei.

Die Pfarrgemeinde umfaßt 3215 Gemeindeglieder (Stand 31. 12. 82) aus allen Bevölkerungsschichten entsprechend dem Charakter eines Neubauviertels.

Die Petrusgemeinde umfaßt den südlichen Teil der Karlsruher Nordweststadt. Den nördlichen Teil bildet die Jakobusgemeinde, zu der gute, nachbarliche Beziehungen bestehen.

Zur Innenstadt sind sehr gute Verkehrsverbindungen vorhanden.

Für die Gemeindegemeinschaft steht ein geräumiges Gemeindezentrum (erbaut 1960/61) mit Kirchsaal (300 bis 400 Sitzplätze) zur Verfügung. Die Pfarrwohnung besteht aus 6 Zimmern und Nebenräumen (davon ein Zimmer mit separatem Eingang). Außerdem sind Diensträume für den Pfarrer und die Gemeindegemeinschaftarin vorhanden.

Im Sommerhalbjahr wird um 8.00 Uhr Frühgottesdienst und um 10.00 Uhr Hauptgottesdienst gehalten; im Winterhalbjahr ist nur Hauptgottesdienst. Zweimal im Monat findet in verschiedenen Formen das Heilige Abendmahl statt, an den hohen Festtagen und am Buß- und Bettag Gesamtgottesdienst. Parallel zum Hauptgottesdienst ist während der Schulzeit sonntäglich Kindergottesdienst. Ein besonderer Höhepunkt des Gemeindelebens ist die Feier der Heiligen Osternacht, die mit einem gemeinsamen Frühstück verbunden ist.

Mit der katholischen Gemeinde St. Konrad besteht eine rege ökumenische Zusammenarbeit, die in der gemeinsamen Bibelwoche sowie in mehreren Gottesdiensten und Veranstaltungen während des Jahres ihren Ausdruck findet.

An Gruppen bestehen in der Gemeinde: Mehrere Jugendgruppen, eine rege Theatergruppe, ein Frauenbibelkreis, ein aktiver Frauenkreis, ein Kindergottesdienstvorbereitungskreis sowie eine gut geleitete

Seniorenarbeit. Die Mitarbeiter der Seniorenarbeit tragen einen Teil des Besuchsdienstes. Die Kreise bestehen selbständig, doch bleibt es die selbstverständliche Aufgabe des Pfarrers, die geistlichen Grundlagen zu geben und die verschiedenen Aktivitäten zu koordinieren.

Gemeindeabende und Gemeindefortbildungen finden im Laufe des Jahres im Rahmen der Erwachsenenbildung statt.

In der Gemeinde sind zwei Kindergärten vorhanden.

Ein Altenwohnheim der Kirchengemeinde Karlsruhe liegt im Gemeindebereich. Hier ist die regelmäßige seelsorgerliche Betreuung der Hausbewohner notwendig.

Die Petrusgemeinde gehört zur Sozialstation Neureut-Knielingen. Eine tüchtige Krankenschwester aus der Nordweststadt versorgt den Gemeindebereich und hält guten Kontakt mit dem Pfarrer.

In der Nordweststadt befinden sich zwei Grundschulen, je eine Haupt- und Realschule sowie ein Gymnasium. Der Stelleninhaber erteilt zur Zeit 6 Wochenstunden Religionsunterricht an der Grundschule.

Nebenamtliche Mitarbeiter: Gemeindefortbildnerin, Kirchenhelferin, zwei Organisten.

Ein aktiver ehrenamtlicher Mitarbeiterkreis trägt mit dem Pfarrer und den Ältesten zusammen das Leben der Gemeinde.

Die Petrusgemeinde besteht selbständig seit 1953. Durch die beiden bisherigen Pfarrer, die aktiven Mitarbeiter und die Ältesten ist das Gemeindeleben geistlich geprägt worden. Der Ältestenkreis wünscht sich einen Pfarrer, der die vorhandene Arbeit weiterführt, aber auch neue Schwerpunkte setzt und Initiativen entfaltet. Gottesdienst, Predigt, Gebet und Seelsorge sollten im Mittelpunkt stehen.

Neckarhausen, Kirchenbezirk Ladenburg-Weinheim
Die Pfarrstelle wird zum 1. 8. 1983 durch Pensionierung des derzeitigen Amtsinhabers nach 30jähriger Amtszeit frei.

Neckarhausen, Ortsteil der Gemeinde Edingen-Neckarhausen, liegt verkehrsgünstig zwischen den beiden Städten Heidelberg und Mannheim (Nahverkehrsmittel: Oberrheinische Eisenbahn-Gesellschaft), gegenüber der alten Römerstadt Ladenburg.

Im Ortsteil Neckarhausen wohnen ca. 2 200 Evangelische (bei 5 600 Einwohnern). Es gibt eine Grund- und Hauptschule am Ort, weiterführende Schulen sind in Ladenburg, Mannheim und Heidelberg.

Neckarhausen, dessen Bevölkerung sozial ausgewogen ist, hat eine gute Infrastruktur und ist eine ruhige Wohngemeinde.

Kirche, Pfarrhaus (erbaut 1963), Kindergarten und Gemeindehaus sind in gutem baulichen Zustand und befinden sich in ruhiger Lage am Schloßpark.

Der Pfarrstelleninhaber hat 6 Wochenstunden Religionsunterricht zu erteilen.

Die Kirchengemeinde ist dem Rechnungsamt Neckar-gemünd angeschlossen und Mitglied der kirchlichen Sozialstation Ladenburg-Edingen-Neckarhausen.

In der Gemeinde bestehen verschiedene Jugend- und Erwachsenenkreise.

Vom Stelleninhaber wird Mitarbeit für eine Bezirksaufgabe erwartet.

Pforzheim, Pfarrstelle Sonnenhof-Sonnenberg, Kirchenbezirk Pforzheim-Stadt

Die Pfarrstelle wird zum 1. Mai 1983 durch die Berufung des bisherigen Stelleninhabers auf eine landeskirchliche Pfarrstelle frei.

Die Gemeinde entstand 1971 als Neubau-Gemeinde am Stadtrand von Pforzheim (Süden) und hat jetzt rund 3 400 Glieder (sozial gemischte Struktur). 1977 wurde ein vielseitiges und originelles Gemeindezentrum eingeweiht, in dem auch der Gottesdienst gefeiert wird. Die geräumige Wohnung im neuen Pfarrhaus wird frei.

Hauptamtliche Mitarbeiter: Gemeindefortbildnerin; Päd. Techn. Mitarbeiter; Pfarramtssekretärin (halbtags); Kantor; Erzieherinnen im Kindergarten mit 2 Gruppen; Zivildienstleistender. Die Gemeinde ist Mitglied einer Diakoniestation.

Ein Besuchsdienst aus der Aufbauphase der Gemeinde besteht. Weitere Gemeindekreise: Jugendkreise, Gesprächskreise für Erwachsene, Seniorenkreis, Theaterkreis, Kindergottesdienst-Mitarbeiterkreis, Altengymnastik, Hausfrauenkreis, Hauskreise, ökumenischer Arbeitskreis für Umsiedler. Gemeindeglieder arbeiten im Konfirmanden-Unterricht mit. Mitarbeitergruppen für die ehrenamtlichen Mitarbeiter und Gemeinde-Freizeiten sind Tradition geworden.

Kirchenmusik: Gruppenkantorat für 3 Gemeinden (Schwerpunkt Singe-Gottesdienst). 2 Organisten versehen ehrenamtlich den Orgeldienst. Instrumental- und Singkreise.

Der Gottesdienst ist der Mittelpunkt der Gemeinde und wird in vielfältiger Weise gestaltet. Ein kleiner Arbeitskreis für Familien-Gottesdienst besteht. Gemeindefesttage haben sich bewährt (Gottesdienst, wechselndes Programm, Mittagessen).

Engagierte Älteste und Mitarbeiter erwarten von ihrem Pfarrer/ihrer Pfarrerin Zurechtweisung und theologische Begleitung. Sie freuen sich auf konstruktive Zusammenarbeit.

Theologische Schwerpunkte waren in den letzten Jahren das Verhältnis Christen-Juden und die Bedeutung der Ökumene für die Gemeinde. Die Zusammenarbeit mit der katholischen Nachbargemeinde wird gesucht und gefunden.

Zur Pfarrstelle gehört ein Deputat von 6 Wochenstunden Religionsunterricht.

Besetzung der vorgenannten Pfarrstellen durch Gemeindeglieder.

Bewerbungen innerhalb 5 Wochen unmittelbar beim Evang. Oberkirchenrat; gleichzeitig Anzeige an das für den Bewerber zuständige Dekanat.

b) Nochmalige Ausschreibungen

(Bewerbungen innerhalb 3 Wochen)

Emmendingen, Dietrich-Bonhoeffer-Pfarrei, Kirchenbezirk Emmendingen

Emmendingen ist eine aufstrebende Große Kreisstadt mit ca. 25 000 Einwohnern, reizvoll an der Vorbergzone des Schwarzwaldes gelegen und von Freiburg 15 km entfernt. In der Stadt sind Grund- und Hauptschulen, Realschule, Gymnasium, Technisches und Wirtschaftsgymnasium sowie berufliche Schulen vorhanden. Die Kirchengemeinde umfaßt vier Pfarreien. Die größte unter ihnen ist die Pauluspfarrei, die die Stadtteile Bleiche und Bürkle umfaßt. Sie besteht seit 1969 und ist mit einem Pfarrer besetzt. 1974 wurde dort ein modernes, vielseitig verwendbares Gemeindezentrum mit einem großen Gottesdienstraum errichtet, in dem sich das ganze Gemeindeleben abspielt.

Durch die Errichtung einer fünften Pfarrstelle innerhalb der Kirchengemeinde Emmendingen (Dietrich-Bonhoeffer-Pfarrei) ist eine neue Pfarrei aus dem Ortsteil Wasser und einem Teil der Pauluspfarrei (obere Bleiche) gebildet worden. Der Pfarrstelleninhaber hat seinen Dienstsitz im Ortsteil Wasser. Eine Wohnung wird bereitgestellt. Die Pfarrstelle umfaßt derzeit ca. 1850 Gemeindeglieder.

In der Pauluspfarrei bestehen neben der Jugendarbeit drei Frauenkreise. Alle zwei Wochen wird Altenbegegnung gehalten. Ein Bibelkreis für junge Erwachsene trifft sich regelmäßig. Die kirchenmusikalische Arbeit wird für die ganze Kirchengemeinde durch den Bezirkskantor insgesamt wahrgenommen. Der Kontakt zur katholischen Gemeinde ist rege und wird durch ökumenische Begegnungen vertieft.

Zur Kirchengemeinde gehört auch der Stadtteil Wasser, der früher ein selbständiges, landwirtschaftlich geprägtes Dorf war. Hier leben ca. 1500 Einwohner, von denen $\frac{1}{3}$ zum alten Dorfkern gehören und $\frac{2}{3}$ zugezogen sind. Es gibt dort eine Grundschule. Die evang. Gemeinde umfaßt ca. 750 Gemeindeglieder und hat einen eigenen Ältestenkreis. Die Gemeinde wurde bisher von der Christuspfarrei an der Stadtkirche Emmendingen versehen. Nachdem die alte Dorfkirche vom Staat abgelöst wurde, konnte 1958 eine neue Kirche mit einem Nebenraum gebaut werden. Hier wird bis jetzt alle zwei Wochen Gottesdienst gehalten. Zur Gemeinde gehört auch noch ein neuer evang. Kindergarten mit vier Gruppen, der von Kindern aus Wasser sowie von Kindern der oberen Bleiche besucht wird. Wöchentlich treffen sich ein Jugendkreis sowie die Mitarbeiter im Kindergottesdienst. Alle 14 Tage kommt der Frauenkreis zusammen.

Der Stelleninhaber der neu errichteten Dietrich-Bonhoeffer-Pfarrei hat 8 Wochenstunden Religionsunterricht zu erteilen.

Es wird erwartet, daß der neue Pfarrer bereit ist, mit dem Pfarrer der Pauluspfarrei zusammenzuarbeiten.

Gottesdienste, die auch in Wasser sonntäglich stattfinden sollen, werden im Wechsel gehalten. Veranstaltungen für die beiden Stadtteile Bleiche und Bürkle sollen wie bisher gemeinsam im Gemeindezentrum stattfinden. Absprachen über schwerpunktmäßige Verteilung der Arbeit sind notwendig.

Eisingen, Kirchenbezirk Pforzheim-Land

Die Pfarrstelle wird ab 1. 4. 1983 frei durch Wahrnehmung eines Auftrags des derzeitigen Stelleninhabers als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der theologischen Fakultät der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz.

Eisingen – mit rd. 4 000 Einwohnern, davon knapp 3 000 evangelische – liegt 7 km nordwestlich von Pforzheim in verkehrsgünstiger Lage zwischen Stuttgart und Karlsruhe.

Am Ort ist eine Grundschule. Alle weiterführenden Schulen sind im Nachbarort Königsbach-Stein (bzw. in Pforzheim).

Das Pfarrhaus wird hergerichtet und steht ab 1. August zum Einzug zur Verfügung. Kirche und Gemeindehaus liegen direkt beim Pfarrhaus. Im Neubaugebiet „Waldpark“ steht der Kirchengemeinde ein Saal zur Verfügung.

Die evangelische Kirchengemeinde Eisingen ist geprägt von der badischen Erweckungsbewegung. Seither wurde diese gesegnete geistliche Linie weitergeführt. Die Gemeinde wünscht sich einen Pfarrer, der diese Prägung bejaht und sie bewußt weiterhin pflegt.

Die Gottesdienste der Gemeinde sind gut besucht. Ein großer Mitarbeiterkreis und zahlreiche Gemeindeglieder tragen die Gemeindegemeinschaft zusammen mit dem Pfarrer: Posaunenchor; Singkreis; Instrumentalkreise; Hauskreise; Jugendkreise; Jugendchor; Teestubenarbeit; Kinderbibelkreise; Jungscharen.

Der Kindergottesdienst-Helferkreis, der Frauenkreis und der Seniorennachmittag erwarten die Mithilfe des Pfarrers, wie auch der Besuchsdienstkreis (22 Mitglieder) und das gelegentliche Behindertentreffen.

Der Stelleninhaber hat 6 Wochenstunden Religionsunterricht zu erteilen.

Der Kirchenbezirk erhofft sich, daß der künftige Stelleninhaber bereit ist, im gesamtkirchlichen Interesse eine übergemeindliche Aufgabe wahrzunehmen.

Die Kirchengemeinde unterhält einen Kindergarten und eine Krankenpflegestation, deren Mitarbeiterinnen bewußt in der Richtung der Gemeinde arbeiten, wie auch die zwei Mitarbeiterinnen im Pfarramtsbüro (20 Stunden). Die Rechnungsgeschäfte werden vom Evangelischen Rechnungsamt Bretten zur vollen Zufriedenheit wahrgenommen.

Das Amt des Kirchendieners und der Organisten ist gut versorgt. Es arbeiten hauptamtlich in der Gemeinde zusammen mit dem Pfarrer: eine Gemeindegemeinschaft im Berufspraktikum und ein Zivildienstleistender.

Zu den örtlichen Gemeinschaften und zum CVJM, die alle bewußt in der Kirchengemeinde leben, besteht ein herzliches Verhältnis, zu der katholischen Filialgemeinde am Ort wie auch zur politischen Gemeinde eine ausgeprägt gute Beziehung.

Karlsruhe, Pauluspfarre, Kirchenbezirk Karlsruhe und Durlach

Die Pfarrstelle wird zum Frühjahr 1983 frei.

Die Pauluspfarre ist mit 2700 evang. Gemeindegliedern eine der beiden Pfarreien an der Johanniskirche in der Südstadt von Karlsruhe.

Das Pfarrhaus wurde 1978 von Grund auf großzügig renoviert und befindet sich in einem sehr guten baulichen Zustand. Es hat 4 Zimmer im Obergeschoß und 3 Zimmer im Dachgeschoß, große Küche und 2 Bäder. Die Amtsräume sind in dem neuen im November 1982 eingeweihten Gemeindezentrum untergebracht mit unmittelbarem Zugang zum Pfarrhaus.

Das neue Gemeindezentrum bietet viele Möglichkeiten für eine aktive Gemeindearbeit und ist bestens eingerichtet.

Eine Pfarramtssekretärin sowie ein Hausmeister für das Gemeindezentrum und den Kindergarten, der als 1. Bauabschnitt bereits 1969 eingeweiht wurde, sind vorhanden.

Es besteht eine gute Zusammenarbeit mit der Johannisgemeinde (vierteljährliche gemeinsame Sitzungen) und der katholischen Nachbargemeinde.

Der Pfarrstelleninhaber hat 6 Wochenstunden Religionsunterricht in der Südstadt zu erteilen.

Die Gemeinde wünscht sich einen verheirateten Pfarrer, der für die Jugend, die ältere Generation und auch für die in der Gemeinde wohnenden Ausländer Verständnis hat und zur Zusammenarbeit mit den Ältesten und Mitarbeitern bereit ist.

Pforzheim-Huchenfeld, Kirchenbezirk Pforzheim-Stadt

Die Kirchengemeinde Pforzheim-Huchenfeld, auf einer von Wald umgebenen Höhenterrasse oberhalb der Stadt gelegen, hat mit den beiden überwiegend katholischen Außenorten Hohenwart und Schellbronn etwa 2 800 Gemeindeglieder. Die Arbeit mit den Besuchern des Freizeitparks Schellbronn wird tatkräftig unterstützt durch Mitarbeiter aus Nachbargemeinden

und dem Ev. Jugendwerk Pforzheim. Die Entfernung von Huchenfeld zur Stadtmitte beträgt 6 km. Obwohl seit einigen Jahren durch Eingemeindung zu Pforzheim gehörend, hat die Gemeinde bisher ihren mehr dörflichen Charakter bewahrt.

Die Pfarrstelle wurde durch Rückkehr des bisherigen Gemeindepfarrers nach Neuseeland zum 1. Februar 1983 frei. Das großräumige Pfarrhaus mit Garten liegt neben dem 1975 fertiggestellten Gemeindehaus, unmittelbar bei der Kirche in schöner, ruhiger Lage.

Der Stelleninhaber hat 6 Wochenstunden Religionsunterricht zu erteilen.

Vorhanden sind ein Kindergarten und eine ökumen. Krankenpflegestation. Der Kirchengemeinderat ist mitarbeitwillig. Weitere ehrenamtliche Mitarbeiter unterstützen die Gemeindearbeit und sind in verschiedenen Kreisen aktiv. An hauptamtlichen Kräften stehen ein Diakon sowie eine Schreibkraft (halbtätig) zur Unterstützung des Pfarrers zur Verfügung. Die Mitarbeit des Diakons liegt schwerpunktmäßig in den Außenorten Hohenwart und Schellbronn. Der Anschluß der Gemeinde an das Rechnungsamt Bretten erleichtert die Verwaltung. Die kommende Begegnungsstätte Pforzheim-Hohenwart (Zentrum für Gemeinde, Freizeit und Bildung) und die dort vorgesehene landeskirchliche Kindergottesdienstarbeit eröffnen interessante Möglichkeiten der Kooperation.

Die Gemeindeglieder freuen sich auf einen Pfarrer, der Brücken schlagen kann, der Menschen und seine Arbeit liebt. Sie erwartet von ihm eine evangeliumsbezogene Predigt und Bibelarbeit, Anleitung und Betreuung vorhandener und Gewinnung neuer Mitarbeiter, Sammlung aber auch Sendung.

Besetzung der vorgenannten Pfarrstellen durch Gemeindegewahl.

Bewerbungen innerhalb 3 Wochen unmittelbar beim Evang. Oberkirchenrat; gleichzeitig Anzeige an das für den Bewerber zuständige Dekanat.

Die Bewerbungen

- a) für die **erstmaligen Ausschreibungen** müssen bis spätestens **27. April 1983** abends und
- b) für die **nochmaligen Ausschreibungen** bis spätestens **13. April 1983** abends schriftlich beim Evang. Oberkirchenrat in Karlsruhe eingegangen sein.

Bekanntmachungen

OKR 28. 2. 1983
Az. 11/4214

Einsetzung des Landeswahlausschusses für die allgemeinen Kirchenwahlen der Wahlperiode 1983/89

Der Landeskirchenrat hat in seiner Sitzung am 11. 2. 1983 gemäß § 4 Abs. 1 der kirchlichen Wahlordnung vom 13. 1. 1971 (GVBl. S. 3) den Landeswahlausschuß für die Wahlperiode 1983/89 der allgemeinen Kirchenwahlen durch Berufung der folgenden Mitglieder eingesetzt:

- Rechtsanwalt Dr. Eckart Brauss in Freiburg
- Rechtsanwalt Friedrich Dahn in Karlsruhe
- Steuerberater Dieter Fürst in Villingen-Schwenningen
- Prälat Oskar Herrmann in Ettlingen
- Pfarrer Karl Martin in Karlsruhe
- Oberkirchenrat Wolfgang Schneider in Karlsruhe
- Oberkirchenrat Prof. Dr. Günther Wendt in Karlsruhe

OKR 18. 2. 1983
Az. 81/471-629

Sammlung der Diakonie

Die **Sammlung der Diakonie** wird in diesem Jahr vom 6. bis 12. Juni durchgeführt.

Die **Haussammlung** findet vom 6. bis 12. Juni, die **Straßensammlung** vom 10. bis 12. Juni 1983 statt.

Diese Sammlung wurde vom Regierungspräsidium Tübingen mit Bescheid vom 5. 11. 1982 unter der Nummer 64-4/002-21/83 erlaubt. Gemäß § 8 Abs. 3 des Sammlungsgesetzes wird zugelassen, daß Kinder und Jugendliche vom 10. bis 18. Lebensjahr bis zum Eintritt der Dunkelheit sowohl bei der Straßensammlung als auch bei der Haussammlung mitwirken können.

Bei Haussammlungen mit Büchsen und bei Straßensammlungen hat jeder Sammler einen vom Veranstalter auf seinen Namen ausgestellten Ausweis bei sich zu führen und auf Verlangen vorzuzeigen. Aus diesem Ausweis geht hervor: Name des Veranstalters, Art und Ort der Sammlung, Sammlungstermin, Name des Sammlers und der Erlaubnisvermerk.

Die Ausweise werden von den Gemeindepfarrern auf den vom Diakonischen Werk zur Verfügung gestellten Vordrucken ausgestellt. Nach Beendigung der Sammlung werden die Ausweise vom Aussteller eingezogen.

Sammelbüchsen müssen fortlaufend nummeriert sein und den Namen des Veranstalters deutlich aufweisen. Die Büchsen müssen sicher verschlossen sein. Über die Ausgabe der Büchsen ist eine Liste zu führen, in der auch die Rückgabe vermerkt wird.

Sammeldosen dürfen nach Beendigung der Sammlung nur im Beisein von mindestens zwei vertrauenswürdigen Personen geöffnet werden. Der Inhalt jeder Büchse ist von den beiden Personen schriftlich zu bestätigen. Diese Bestätigung ist auf Verlangen der Erlaubnisbehörde vorzulegen.

Wo Minderjährige unter 18 Jahren bei der Sammlung mitwirken, ist dafür zu sorgen, daß diese jeweils mindestens zu zweien sammeln und daß die Zustimmung des gesetzlichen Vertreters vorliegt. Außerdem ist auf eine ausreichende Beaufsichtigung hinzuwirken. In Gast- und Schankwirtschaften und in Vergnügungsstätten dürfen Jugendliche nicht sammeln.

Laut Beschluß der Landessynode vom 11. April 1975 sind landeskirchliche Kollekten „in vollem Umfang für den bestimmten Zweck“ abzuführen. Hierzu gilt folgendes Abrechnungsverfahren:

- a) Die Kollekte vom Sonntag der Diakonie wird ohne Abzug auf dem für landeskirchliche Kollekten üblichen Weg an das jeweilige Dekanat überwiesen und im Opferbuch bzw. Kollektenverzeichnis eingetragen.
- b) Vom Ergebnis der Haus-, Straßens- und Firmensammlung können bis zu 15 Prozent für örtliche diakonische Aufgaben von den Kirchengemeinden einbehalten werden. In den Großstädten nimmt in

der Regel diesen Abzug der Evangelische Gemeindedienst vor. Der nach dem Abzug verbleibende Betrag ist von den Kirchengemeinden unmittelbar nach Beendigung der Sammlung, spätestens jedoch bis zum **20. Juli 1983** unter Beifügung einer detaillierten Aufstellung dem Dekanat bzw. Rechnungsamt zu überweisen.

Für die diakonische Arbeit in den Kirchenbezirken können die Dekanate bzw. Rechnungsämter bis zu 5 Prozent aus den von den Gemeinden abgelieferten Beträgen einbehalten. Die nach Abzug verbleibende Gesamtsumme führen die Dekanate bzw. Rechnungsämter unter Beifügung einer detaillierten Aufstellung an die Landeskirchenkasse ab.

Informationen zur Vorbereitung und Durchführung sowie Material zur Werbung und für die Sammlung erhalten die Pfarrämter vom Diakonischen Werk. Ebenso werden von dort Abrechnungsunterlagen versandt.

Wie in den vergangenen Jahren wird auf folgendes hingewiesen: Die Kirchengemeinden sind verpflichtet, sich an der „Sammlung der Diakonie“ einschließlich der Haus- und Straßensammlung zu den festgelegten Terminen zu beteiligen. Es geht nicht an, daß Kirchengemeinden die Durchführung der Sammlung ablehnen, oder zu einem späteren Zeitpunkt durchführen.

Die Kollekte am 12. Juni 1983 ist in dem vom Evangelischen Oberkirchenrat beschlossenen Kollektenplan aufgenommen (vgl. Bekanntmachung vom 22. 10. 1982 Az. 58/1 im Gesetzes- und Verordnungsblatt Nr. 18 vom 1. 12. 1982). Die Kirchengemeinden sind daher verpflichtet, die vom Evang. Oberkirchenrat im jährlichen Kollektenplan angeordnete landeskirchliche Kollekte zu erheben.

OKR 25. 2. 1983
Az. 82/101-547

Kindergartengesetz

hier:

3. Änderung der Richtlinien des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung über Zuschüsse zu den Personalkosten für Kindergärten und für kleine Kindergartengruppen (RL-PKZ)

Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung Baden-Württemberg teilte uns mit Schreiben vom 20. Januar 1983 die 3. Änderung der Richtlinien über Zuschüsse zu den Personalkosten für Kindergärten und für kleine Kindergartengruppen (RL-PKZ) mit.

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 26. 5. 1982 (GVBl. S. 104) geben wir hiermit bekannt, daß die dort angegebenen vorläufigen Pauschalsätze mit der 3. Änderung vom 26. November 1982 für die Zeit vom 1. Januar 1982 bis 30. April 1982 Gültigkeit haben.

Vom 1. Mai 1982 an sind folgende Pauschalsätze anzuwenden:

bei Berufsgruppe	Verg.-Gr.	Zuschuß vor Vollendung des 35. Lebensjahres DM	Zuschuß nach Vollendung des 35. Lebensjahres DM
Sozialpädagogen (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 Pkz-VO)	IV b	1 130	1 360
Erzieher u. a. (§ 3 Abs. 1 Nr. 2 Pkz-VO)	V c	960	1 140
Kinderpflegerinnen (§ 3 Abs. 1 Nr. 3 Pkz-VO)	VII	860	970
andere Mitarbeiter (§ 3 Abs. 1 Nr. 4 Pkz-VO)	VIII	820	900
bei Berufspraktikanten für die Berufsgruppe			DM
Sozialpädagogen			590
Erzieher(innen)/Kindergärtnerinnen			490
Kinderpflegerinnen			460

OKR 25. 2. 1983
Az. 83/41

Änderung der Richtlinien des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung für die Förderung von Sozialstationen vom 30. 3. 1979

Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung hat die Richtlinien für die Förderung von Sozialstationen geändert und in der folgenden Fassung erlassen. Sie wurden unter Einschluß der Änderungen vom 12. Februar 1980 – Gemeinsames Amtsblatt S. 194 – neugefaßt. Die Änderungen treten mit Ausnahme der Nr. 9.1 rückwirkend zum 1. 1. 1982 in Kraft. Die Anlagen 1–5 sind ab dem 1. 1. 1983 anzuwenden.

Die geänderten Richtlinien wurden im Gemeinsamen Amtsblatt veröffentlicht.

II Wesentliche Änderungen sind:

- Umstellung der Förderung auf Personalkostenzuschüsse in Nr. 1 und Nr. 7.4
- Einführung einer Antragsfrist in Nr. 9.1
Diese Regelung entspricht einer Forderung des Rechnungshofes. Wird die Antragsfrist nicht eingehalten, so führt dies zu einer beachtlichen Kürzung des Landeszuschusses. Auf diese Konsequenz müssen die Träger der Sozialstationen nachdrücklich hingewiesen werden.

Bei neu anerkannten Sozialstationen kann die Förderung künftig frühestens ab dem 1. des Monats erfolgen, in dem der Antrag bei dem Reg.-Präs. eingeht.
- Einführung eines Personalschlüssels in Nr. 7.4.1
Auch diese Regelung wurde auf Veranlassung des Rechnungshofes eingeführt. Sie entspricht in ihrem Inhalt dem Erlaß vom 27. April 1982 – V/1-7170/82.

4. Neue Formen des Bewilligungsbescheides

In dem neuen Bewilligungsbescheid sind alle für den Zuwendungsempfänger wichtigen Regelungen aufgeführt. Vor allen Dingen kann er daraus ersehen, in welchen Fällen er mit Rückforderungsansprüchen rechnen muß.

5. Einarbeitung von Erlassen

Die Erlasse vom 30. 3. 1979 – Nr. V/1-7170/79 (bewährte Kräfte) und vom 17. 9. 1980 – Nr. V/1-7170/80 (Zuschuß bei Mutterschaft, längerer Krankheit) wurden eingearbeitet. Klargestellt wurde ferner, daß kein Landeszuschuß gewährt wird, wenn der Träger der Sozialstation Leistungen nach dem AFG oder wenn ein Berufspraktikant Leistungen nach dem BAföG erhält.

6. Der Mindestumfang der Teilzeitbeschäftigung

wurde auf 20 % einer Vollzeitbeschäftigung festgesetzt, wie es bereits der bestehenden Praxis entspricht (Nr. 6.3).

7. Die Bedeutung der ehrenamtlichen Mitarbeit

vor allem auf dem Gebiet der Nachbarschaftshilfe wurde hervorgehoben (Nr. 2.3).

Die Erlasse vom 30. 3. 1979 – Nr. V/1-7170/79 vom 17. 9. 1980 – Nr. V/1-7170/80 und vom 27. 4. 1982 – Nr. V/1-7170/82 werden aufgehoben.

Richtlinien

des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung für die Förderung von Sozialstationen

Vom 16. Dezember 1982 Nr. V/1-7170/82

1. Begriff und Zweck

Zur Förderung eines ausreichenden Angebots an ambulanten pflegerischen Diensten können zu den Personalkosten von anerkannten Sozialstationen nach Maßgabe dieser Richtlinien Zuschüsse gewährt werden. Ein Rechtsanspruch darauf besteht nicht.

Sozialstation im Sinne dieser Richtlinien ist die Bündelung ambulanter pflegerischer Dienste eines bestimmten Einzugsbereichs in einer Zentrale.

2. Aufgaben

- Die Sozialstation bietet der Bevölkerung eines bestimmten Einzugsbereichs folgende ambulante pflegerische Dienste an:
 - Krankenpflege
 - Altenpflege
 - Haus- und Familienpflege
- Die Sozialstation soll im Rahmen ihrer Aufgaben in Fragen der Gesundheitserziehung und der Gesundheitsvor- und -nachsorge beraten. Außerdem soll sie über Hilfen im sozialen Bereich informieren und Hilfesuchende an die zuständigen Stellen verweisen.

- 2.3 Die Sozialstation soll sich verstärkt darum bemühen, ehrenamtliche Helfer zu gewinnen, die das Fachpersonal der Sozialstation vor allem auf dem Gebiet der Nachbarschaftshilfe unterstützen und ergänzen.

Durch ein Angebot von Kursen in häuslicher Krankenpflege soll die Bevölkerung dazu angeregt werden, sich die erforderlichen Kenntnisse zur Selbsthilfe anzueignen.

- 2.4 Sind innerhalb des Einzugsbereichs weitere ambulante pflegerische Dienste vorhanden, so arbeitet die Sozialstation mit deren Trägern zusammen.

- 2.5 Die Sozialstation pflegt innerhalb ihres Einzugsbereichs die Zusammenarbeit insbesondere mit den Kirchen und Religionsgesellschaften des öffentlichen Rechts, den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege, den Kommunen und Behörden, der Ärzteschaft und den Hebammen, den Krankenhäusern, Alteinrichtungen und den entsprechenden Ausbildungsstätten.

3. Trägerschaft

- 3.1 Träger einer Sozialstation kann nur eine juristische Person sein.

- 3.2 Als Träger von Sozialstationen kommen in erster Linie die Verbände der freien Wohlfahrtspflege und ihre Mitgliedseinrichtungen, die Kirchen und Religionsgesellschaften des öffentlichen Rechts, ökumenische Vereinigungen und Krankenpflegevereine in Betracht.

- 3.3 Kommunale Gebietskörperschaften oder ihre Zusammenschlüsse sollen die Trägerschaft für eine Sozialstation unbeschadet von §§ 2 Landkreisordnung, 10 Gemeindeordnung, 17 Sozialgesetzbuch und 93 Bundessozialhilfegesetz nur dann übernehmen, wenn geeignete freie Träger nach Nr. 3.2 hierzu nicht bereit oder nicht in der Lage sind.

4. Organisationsformen

- 4.1 Als Organisationsformen kommen vor allem in Betracht:

- 4.1.1 Eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder des Privatrechts übernimmt die Trägerschaft der Sozialstation.

- 4.1.2 Juristische Personen des öffentlichen Rechts oder des Privatrechts schließen sich zu einer neuen juristischen Person zusammen (z. B. Trägerverein, gemeinnützige GmbH, öffentlich-rechtlicher Zweckverband).

- 4.2 Die Träger müssen alle drei Dienste (Kranken-, Alten-, Haus- und Familienpflege) anbieten. Sie können jedoch einen Teil der Dienste über Kooperationsverträge durch andere erbringen. Der Kooperationsvertrag muß die Einrichtung einer gemeinsamen Einsatzleitung vorsehen.

5. Einzugsbereich

- 5.1 Der Einzugsbereich einer Sozialstation soll in der Regel 20 000 Einwohner umfassen.

- 5.2 Die Festsetzung des Einzugsbereichs erfolgt vom Träger der Sozialstation in Abstimmung mit den betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften. Maßgebend ist dabei die Besiedlungsdichte, Topographie, Altersstruktur, Arztdichte, Versorgung im stationären Bereich sowie die übrige soziale Infrastruktur im betreffenden Gebiet. Bei der Festsetzung des Einzugsbereichs sollen die Grenzen der kommunalen Gebietskörperschaften beachtet werden. In dicht besiedelten Gebieten, vor allem in größeren Städten, können bei Bedarf mehrere Sozialstationen errichtet werden, deren Einzugsbereiche sich überschneiden können.

- 5.3 Ausnahmen von Nr. 5.1 und Nr. 5.2 können in begründeten Einzelfällen vor allem in dünnbesiedelten und ländlichen Räumen im Anerkennungsverfahren zugelassen werden.

Die Anlagen 1–5 zu den Richtlinien werden über die Reg.-Präsidien an die Träger der Sozialstation versandt.

6. Personal

- 6.1 Die personelle Mindestausstattung der Sozialstationen umfaßt vier hauptamtliche Pflegekräfte. Davon sollen mindestens zwei, wenn möglich drei Krankenschwestern/Krankenpfleger sein. Die anderen Kräfte können Haus- und Familienpflegerinnen, Dorfhelferinnen, Altenpflegerinnen/Altenpfleger und Krankenpflegehelferinnen/Krankenpflegehelfer, Hebammen sowie sonstige Personen mit sozialpflegerischer und pflegerischer Ausbildung sein.

- 6.2 Die Anerkennungsbehörde kann in begründeten Einzelfällen – insbesondere in den Fällen der Nr. 5.3 – eine von Nr. 6.1 abweichende personelle Ausstattung einer Sozialstation zulassen.

Der Personalbestand muß mindestens an sechs Monaten des Jahres vier Vollzeitkräften, bei einer von der Anerkennungsbehörde zugelassenen Ausnahme von Nr. 6.1 drei Vollzeitkräften entsprechen.

- 6.3 Der Einsatz von Teilzeitkräften ist möglich, der Beschäftigungsgrad muß jedoch mindestens 20 % betragen.

- 6.4 Der Träger trägt dafür Sorge, daß die Fachkräfte der Sozialstation für ihre besonderen Aufgaben in der Kranken-, Alten-, Haus- und Familienpflege fortgebildet werden.

- 6.5 Die innere Organisation und Verwaltung ist in geeigneter und möglichst kostensparender Weise sicherzustellen; Pflegekräfte sollen zur Erfüllung von Verwaltungsaufgaben in der Regel nicht herangezogen werden. Nr. 5.3 der

Vorläufigen Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zu § 44 Landeshaushaltsordnung ist zu beachten.

7. Finanzierung

Die Träger der Sozialstation haben dafür Sorge zu tragen, daß die Gesamtfinanzierung gesichert ist.

7.1 Entgelte für Dienstleistungen

Zur Deckung der laufenden Personal- und Sachkosten haben die Sozialstationen von den Benutzern Entgelte zu erheben. Die Höhe dieser Entgelte richtet sich nach einem vom Träger der Sozialstation zu erstellenden Leistungsverzeichnis.

7.2 Eigene Mittel

Die Träger von Sozialstationen haben in angemessenem Umfang eigene Mittel einzusetzen. Zu diesen gehören auch die Beitragsaufkommen der Förder- und Krankenpflegevereine. Die Träger von Sozialstationen sind gehalten, auf die Gründung von Fördervereinen hinzuwirken und bestehende Krankenpflegevereine zu aktivieren.

7.3 Zuschüsse der kommunalen Gebietskörperschaften

Die Sozialstationen erfüllen Aufgaben der Daseinsvorsorge für den Bürger. Die kommunalen Gebietskörperschaften sind daher gehalten, sich an den Ausgaben der Sozialstationen in angemessenem Umfang zu beteiligen.

7.4 Landeszuschüsse

Der Zuschuß wird nach Maßgabe der Nr. 7.4.1 nach festen Beträgen bemessen (Festbetragsfinanzierung). Diese Beträge wurden festgesetzt aufgrund von Erfahrungswerten, wonach ein Zuschuß in dieser Höhe zur Finanzierung der Personalkosten mindestens erforderlich ist (§ 23 LHO).

7.4.1 Die Höhe des Zuschusses richtet sich nach den im Staatshaushaltsplan zur Verfügung stehenden Mitteln. Im einzelnen beträgt der Zuschuß für jede ganzjährig tätige, vollzeitbeschäftigte Pflegekraft nach Nr. 6.1:

8 300,— DM bei abgeschlossener Fachausbildung
4 150,— DM für Berufspraktikanten.

Teilzeitbeschäftigte Fachkräfte mit einer arbeitsvertraglich vereinbarten durchschnittlichen regelmäßigen Arbeitszeit von mindestens 20 % der Vollarbeitszeit werden dem Umfang ihrer Beschäftigung entsprechend auf Vollzeitkräfte umgerechnet. Als Zuschuß wird der Vomhundertsatz des Betrages von 8 300 DM bzw. 4 150 DM gewährt, der dem Umfang der Beschäftigung entspricht. Es werden nur volle Beschäftigungsmonate bezuschußt.

Für Sozialstationen, die ab 1. 1. 1983 anerkannt werden, dürfen höchstens sechs vollzeitbeschäftigte Pflegekräfte pro 20 000 Einwoh-

ner bezuschußt werden. Bei unabweisbarem Bedarf kann die Bewilligungsbehörde im Einzelfall Ausnahmen zulassen.

Diese Regelung findet entsprechende Anwendung, wenn bis zum 31. 12. 1982 anerkannte Sozialstationen die Förderung von zusätzlichem Personal beantragen.

7.4.2 Für bewährte Pflegekräfte ohne abgeschlossene Fachausbildung kann ein Zuschuß gewährt werden, wenn der zuständige Spitzenverband des Trägers bestätigt, daß die Pflegekraft

— mindestens fünf Jahre lang hauptberuflich auf pflegerischem oder sozialpflegerischem Gebiet tätig war und

— vor dem 1. 1. 1979 von einem Träger ambulanter pflegerischer Dienste eingestellt wurde (z. B. Sozialstation, Hauspflegewerk, Krankenpflegeverein) und

— sich mindestens ein Jahr lang bei einem Träger ambulanter pflegerischer Dienste bewährt hat.

Der Zuschuß beträgt 50 % des Betrags, der für Pflegekräfte mit abgeschlossener Fachausbildung gewährt würde.

7.4.3 Bei längerer Arbeitsunfähigkeit wegen Krankheit ist der Zuschuß nach Nr. 7.4.1 für die Zeit zu gewähren, während der der Anstellungsträger Krankenbezüge zahlt, längstens jedoch für die in § 37 Abs. 2 BAT festgelegten Zeiten.

7.4.4 Für die Zeiten der Beschäftigungsverbote nach § 3 Abs. 2 und § 6 Abs. 1 Mutterschutzgesetz sind 50 % des Zuschusses nach Nr. 7.4.1 zu gewähren.

7.4.5 Nimmt eine Pflegekraft den Mutterschaftsurlaub nach § 8 a Mutterschutzgesetz in Anspruch, so kommt ein Zuschuß nach Nr. 7.4.1 nicht in Betracht.

7.4.6 Für Pflegekräfte, für die der Anstellungsträger Leistungen nach §§ 49, 54 oder 91 bis 99 Arbeitsförderungsgesetz erhält, wird ein Zuschuß nicht gewährt.

7.4.7 Für Berufspraktikanten, die Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz erhalten, wird ein Zuschuß nicht gewährt.

7.4.8 Für Sozialstationen mit drei Pflegekräften, die vor dem 1. 1. 1979 anerkannt wurden, beträgt der jährliche Zuschuß vorläufig bis zu 26 500 DM; Nr. 7.4.1 bis 7.4.7 gelten entsprechend.

7.4.9 Bietet der Träger einer Sozialstation außer den in Nr. 2.1 aufgeführten Diensten noch andere Dienste wie Essen auf Rädern oder mobile Reinigungsdienste an, so kommen Zuschüsse aus Kapitel 0920 Titel 684 01 — Mobile Altenbetreuung — in Betracht. Im übrigen ist eine Mehrfachförderung ausgeschlossen.

8. Anerkennungsverfahren

8.1 Zuständig für die Anerkennung sind die Regierungspräsidien.

8.2 Anerkennungs Voraussetzungen

Eine Sozialstation kann anerkannt werden, wenn

8.2.1 zu erwarten ist, daß die Voraussetzungen hinsichtlich der Aufgaben, der Trägerschaft, der personellen Mindestausstattung und des Einzugsbereichs, unbeschadet der nach diesen Richtlinien möglichen Ausnahmen, erfüllt und die Gesamtfinanzierung gesichert ist,

8.2.2 die Errichtung der Sozialstation der Bedarfsfeststellung und der Bereichsplanung der Stadt- und Landkreise unbeschadet der Nr. 5.3 entspricht

8.2.3 und zwischen der betreuten Einwohnerzahl und der Zahl der Pflegekräfte unter Beachtung von Nr. 6.1 und Nr. 6.2 ein ausgewogenes Verhältnis besteht.

8.3 Antragsberechtigt sind die Träger der Sozialstationen. Die Anträge sind nach dem Muster Anlage 1 in zweifacher Fertigung beim zuständigen Stadt- oder Landkreis unter Anschluß der Stellungnahmen der betroffenen Gemeinden und des für die Sozialstation in Betracht kommenden Spitzenverbands der freien Wohlfahrtspflege einzureichen. Der Stadt- oder Landkreis übersendet den Antrag mit einer eigenen Stellungnahme dem Regierungspräsidium.

9. Bewilligung der Landesförderung und Verwendungsnachweis

9.1 Der Zuschuß wird jährlich auf Antrag gewährt. Der Antrag ist nach Vordruck - Anlage 2 - in doppelter Fertigung bei der Bewilligungsbehörde zu stellen. Antragsvordrucke werden bei der Bewilligungsbehörde bereitgehalten. Bewilligungsbehörde ist das für den Sitz der Sozialstation örtlich zuständige Regierungspräsidium.

Der Antrag muß, wenn die Sozialstation bereits gefördert worden ist, der Bewilligungsbehörde spätestens am 31. März des laufenden Jahres vorliegen.

Geht der Antrag später ein oder wird erstmals ein Antrag auf Förderung gestellt, beginnt die Förderung frühestens ab dem Ersten des Monats, in dem der Antrag bei der Bewilligungsbehörde eingeht.

Die Bewilligungsbehörde erläßt den Bewilligungsbescheid auf Vordruck (Anlage 3).

Abweichend von Nr. 8.1.3 der Vorläufigen Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zu § 44 Landeshaushaltsordnung kann der Zuschuß nach Bestandskraft des Bewilligungsbescheids in drei Teilbeträgen ausbezahlt werden.

9.2 Die Bewilligungsbehörde hat von dem Zuwendungsempfänger bis zum 31. März des auf den Bewilligungszeitraum folgenden Jahres einen Verwendungsnachweis nach Vordruck (Anlage 4) zu verlangen.

9.3 Im übrigen gelten die Vorläufigen Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zu § 44 Landeshaushaltsordnung mit der Maßgabe, daß eine Erhöhung der Finanzierungsmittel bzw. das Hinzutreten neuer Finanzierungsmittel sowie die Verringerung der Gesamtausgaben nicht zu einer Ermäßigung des Zuschusses führen. Rückforderungsansprüche nach Abschnitten II und III des Bewilligungsbescheides (Anlage 3) bleiben unberührt.

10. Statistik

Den Trägern der Sozialstationen wird empfohlen, über ihre Tätigkeit nach dem Muster Anlage 5 Daten zu erfassen und mit dem Verwendungsnachweis dem Regierungspräsidium vorzulegen.

11. Inkrafttreten

Die Richtlinien treten mit Ausnahme von Nr. 9.1 rückwirkend zum 1. 1. 1982 in Kraft. Nr. 9.1 und die Vordrucke nach Anlagen 1 bis 5 sind ab 1. 1. 1983 anzuwenden.